

Name: ..... Datum: .....

Adresse: .....

.....

An die zuständige Verkehrsbehörde der  
Stadtverwaltung Haan (Rheinl.)

**Tiefbauamt**

Alleestr. 8

42781 Haan

**Antrag auf geeignete Maßnahmen zur Reduzierung der verkehrsbedingten**

**Lärm- und Luftschadstoffbelastung in der .....**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stelle/n ich/wir den Antrag, die Luftschadstoffbelastung, die durch Abgase des Kraftfahrzeugverkehrs verursacht wird, und den Lärm durch geeignete Maßnahmen so zu senken, dass Gefahren für meine/unsere Gesundheit sowie schädliche Umwelteinwirkungen nicht zu befürchten sind.

**Begründung:**

Die Straßenverkehrsbehörden haben gemäß § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 StVO und nach § 40 Abs. 2 BImSchG i.V.m. 39. BImSchV die Verpflichtung, den Verkehr zu beschränken, zu verbieten oder umzuleiten, wenn der Wohnbevölkerung Gefahren durch Lärm oder Abgase drohen, insbes. bzgl. der seit dem 1.1.2005 geltenden verschärften Grenzwerte für PM 10 sowie seit dem 1.1.2010 für NO<sub>2</sub> (vgl. Urteil des BVerwG v. 29.3.2007 – Az: 7 C 9.06) und für PM 2,5 seit dem 1.1.2015. Diese Verpflichtung besteht nicht nur in Bezug auf wenige Straßen, sondern - wenn die Bürger eines ganzen Gebietes betroffen sind - auch flächendeckend für alle Straßen eines Gebietes.

Ich/wir wohne/n in der .....

Straße zwischen .....

und .....

Es besteht hier der Verdacht, dass der Kfz-Verkehr eine Schadstoffbelastung in der Außenluft sowie Lärmpegel verursacht, die meine/unsere Gesundheit gefährden sowie schädliche Umwelteinwirkungen verursachen könnten:

Dies ist nach Studien zu den Auswirkungen von Lärm und Abgasen aus dem Kfz-Verkehr, z.B.: "Luft- und Lärmbelastungen in der Berliner Innenstadt durch den Kfz-Verkehr" (IVU-Studie), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz, 1992; "Herzinfarkttrisiko - Berlin II" Studie des Bundesgesundheitsamtes, sowie zusammenfassend „Sondergutachten Umwelt und Gesundheit des Sachverständigenrates für Umweltfragen“, August 1999, Tz. 387 ff und "Krebsrisiko durch Luftverunreinigungen" der Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI), Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft NRW, Düsseldorf 1992; Drucksache 14/1543 des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 18.9.2001 „Mitteilung über Verminderung der Lärmbelastung und Luftverunreinigung durch den Kfz-Verkehr - Schlussbericht -", sowie WHO-Bericht „Health Aspects of Air Pollution“, June 2004 und Umweltgutachten 2008 des SRU (Sachverständigenrat für Umweltfragen), Seite 164ff (Luftreinhalung) und Rz. 806f (Lärm), Rz 862 (Umgebungsärm) zu vermuten. Ebenso: WHO Night Noise Guidelines for Europe in WHO, 2009 <http://www.euro.who.int/en/health-topics/environment-and-health/noise/publications/2009/night-noise-guidelines-for-europe> und WHO (Europe)/IRC (EU), Hrsg., Burden of disease from environmental noise. Quantification of healthy life years lost in Europe, Kopenhagen, 2011, S. 20ff sowie Escape Studie 2015 und WHO (2013) *Review of evidence on health aspects of air pollution – REVIHAAP Project* und der Harvard Studie „Air Pollution and Mortality in the Medicare Population“ Joel D. Schwartz, Ph.D. New England Journal of Medicine, June 29, 2017; 376:2513-2522.

Hinsichtlich der Abgase gilt das vor allem für die mittelbar und unmittelbar durch den Kfz-Verkehr erzeugten Schadstoffe: Stickoxide, Kohlenmonoxid, Benzol, Dieselruß, PM 10, PM 2,5 und Ozon in der Außenluft.

Da diese Stoffe und der Lärm überwiegend vom innerstädtischen, ortsnahen Kraftfahrzeugverkehr stammen, sind verkehrslenkende bzw. beschränkende Maßnahmen geeignet, um diese Luftschadstoff- und Lärmbelastung zu verringern.

Die besondere Enge der Straße mit Häusern, die in nur sehr geringem Abstand zum Fahrbahnrand ohne nennenswerte Fußwegbreite liegen, verschärft die Immissionslage ganz erheblich.

Ich/wir bitten Sie, geeignete Maßnahmen innerhalb von 4 Wochen ab Zugang des Schreibens einzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

.....  
(Unterschrift/en)

Name: ..... Datum: .....

Adresse: .....

.....

An die zuständige Verkehrsbehörde der  
Stadtverwaltung Haan (Rheinl.)  
**Tiefbauamt**  
Alleestr. 8  
42781 Haan

**Antrag auf geeignete Maßnahmen zur Reduzierung der verkehrsbedingten**

**Lärm- und Luftschadstoffbelastung in der .....**

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit stelle/n ich/wir den Antrag, die Luftschadstoffbelastung, die durch Abgase des Kraftfahrzeugverkehrs verursacht wird, und den Lärm durch geeignete Maßnahmen so zu senken, dass Gefahren für meine/unsere Gesundheit sowie schädliche Umwelteinwirkungen nicht zu befürchten sind.

**Begründung:**

Die Straßenverkehrsbehörden haben gemäß § 45 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 StVO und nach § 40 Abs. 2 BImSchG i.V.m. 39. BImSchV die Verpflichtung, den Verkehr zu beschränken, zu verbieten oder umzuleiten, wenn der Wohnbevölkerung Gefahren durch Lärm oder Abgase drohen, insbes. bzgl. der seit dem 1.1.2005 geltenden verschärften Grenzwerte für PM 10 sowie seit dem 1.1.2010 für NO<sub>2</sub> (vgl. Urteil des BVerwG v. 29.3.2007 – Az: 7 C 9.06) und für PM 2,5 seit dem 1.1.2015. Diese Verpflichtung besteht nicht nur in Bezug auf wenige Straßen, sondern - wenn die Bürger eines ganzen Gebietes betroffen sind - auch flächendeckend für alle Straßen eines Gebietes.

Ich/wir wohne/n in der .....

Straße zwischen .....

und .....

Es besteht hier der Verdacht, dass der Kfz-Verkehr eine Schadstoffbelastung in der Außenluft sowie Lärmpegel verursacht, die meine/unsere Gesundheit gefährden sowie schädliche Umwelteinwirkungen verursachen könnten:

Kopie für Blume v. Kaiserstr. 20

Dies ist nach Studien zu den Auswirkungen von Lärm und Abgasen aus dem Kfz-Verkehr, z.B.: "Luft- und Lärmbelastungen in der Berliner Innenstadt durch den Kfz-Verkehr" (IVU-Studie), Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz, 1992; "Herzinfarktrisiko - Berlin II" Studie des Bundesgesundheitsamtes, sowie zusammenfassend „Sondergutachten Umwelt und Gesundheit des Sachverständigenrates für Umweltfragen“, August 1999, Tz. 387 ff und "Krebsrisiko durch Luftverunreinigungen" der Länderarbeitsgemeinschaft Immissionsschutz (LAI), Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft NRW, Düsseldorf 1992; Drucksache 14/1543 des Abgeordnetenhauses von Berlin vom 18.9.2001 „Mitteilung über Verminderung der Lärmbelastung und Luftverunreinigung durch den Kfz-Verkehr - Schlussbericht -“ sowie WHO-Bericht „Health Aspects of Air Pollution“, June 2004 und Umweltgutachten 2008 des SRU (Sachverständigenrat für Umweltfragen), Seite 164ff (Luftreinhaltung) und Rz. 806f (Lärm), Rz 862 (Umgebungsärm) zu vermuten. Ebenso: WHO Night Noise Guidelines for Europe in WHO, 2009 <http://www.euro.who.int/en/health-topics/environment-and-health/noise/publications/2009/night-noise-guidelines-for-europe> und WHO (Europe)/IRC (EU), Hrsg., Burden of disease from environmental noise. Quantification of healthy life years lost in Europe, Kopenhagen, 2011, S. 20ff sowie Escape Studie 2015 und WHO (2013) Review of evidence on health aspects of air pollution – REVIHAAP Project und der Harvard Studie „Air Pollution and Mortality in the Medicare Population“ Joel D. Schwartz, Ph.D. New England Journal of Medicine, June 29, 2017; 376:2513-2522.

Hinsichtlich der Abgase gilt das vor allem für die mittelbar und unmittelbar durch den Kfz-Verkehr erzeugten Schadstoffe: Stickoxide, Kohlenmonoxid, Benzol, Dieselruß, PM 10, PM 2,5 und Ozon in der Außenluft.

Da diese Stoffe und der Lärm überwiegend vom innerstädtischen, ortsnahen Kraftfahrzeugverkehr stammen, sind verkehrslenkende bzw. beschränkende Maßnahmen geeignet, um diese Luftschadstoff- und Lärmbelastung zu verringern.

Die besondere Enge der Straße mit Häusern, die in nur sehr geringem Abstand zum Fahrbahnrand ohne nennenswerte Fußwegbreite liegen, verschärft die Immissionslage ganz erheblich.

Ich/wir bitten Sie, geeignete Maßnahmen innerhalb von 4 Wochen ab Zugang des Schreibens einzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

.....  
(Unterschrift/en)